

Peter Longerich

Politik der Vernichtung

Eine Gesamtdarstellung
der nationalsozialistischen
Judenverfolgung

PIPER

Einleitung

Thema der vorliegenden Studie ist der Entscheidungsprozeß, der zur Ermordung der Juden Europas durch das NS-Regime geführt hat. Zu diesem Thema liegt eine umfangreiche, in Teilen kontroverse, in letzter Zeit wieder besonders stark anwachsende Literatur vor.

Die bisherige Forschung ist bisher vor allem durch zwei Forschungsrichtungen geprägt worden, die sogenannte »intentionalistische« sowie die »funktionalistische« Schule. Die Debatte beider Schulen wird in der wissenschaftlichen Literatur ausführlich referiert und kommentiert und soll in der Einleitung dieser Arbeit nicht erneut in allen Verästelungen verfolgt werden.

Bekanntermaßen vertreten Historiker der intentionalistischen Richtung, die in der älteren Forschung dominierend war, den Standpunkt, Hitler habe zu einem relativ frühen Zeitpunkt, im Einklang mit seinem schon in den zwanziger Jahren entwickelten Rassen- und Lebensraumprogramm, eine Entscheidung zur Ermordung aller europäischen Juden gefällt. Helmut Krausnick, führender Vertreter dieser Richtung, geht davon aus, daß eine solche Entscheidung Hitlers im Frühjahr 1941 ergangen sei.¹ Eine ähnliche Auffassung vertritt beispielsweise Hermann Graml.² In jüngerer Zeit ist die Vorstellung einer frühen Entschlußbildung wieder von Richard Breitman aufgegriffen worden, der – im Widerspruch zu der Haupttendenz der Forschung – eine solche Entscheidung Hitlers und Himmlers sogar für Anfang 1941 annimmt.³

Vertreter der funktionalistischen Richtung führen den Genozid an den europäischen Juden nicht auf ein langfristiges Programm Hitlers zurück, sondern stellen situative Momente und die Eigendynamik des nationalsozialistischen Verfolgungsapparates in den Vordergrund. Vertreter dieser Forschungsrichtung gehen entweder von einer grundlegenden Entscheidung zu einem relativ späten Zeitpunkt aus (jedenfalls nach dem Beginn des Massenmordes an den sowjetischen Juden)⁴, nehmen eine stufenförmige Entscheidungsfolge⁵ an oder gehen – im Sinne einer »kumulativen Radikalisierung« der antijüdischen Politik – davon aus, es habe überhaupt keine grundlegende »Führerentscheidung« gegeben.⁶

Durch die Kontroverse zwischen Intentionalisten und Funktionalisten hat sich die Diskussion um die Genesis der Endlösung ganz auf die Frage nach dem Ob und Wann einer »Führerentscheidung« konzentriert. Als möglichen Zeitpunkt für eine solche Entscheidung werden neben den bereits genannten Terminen vor allem der Sommer 1941 (so etwa von

Saul Friedländer⁷ und Raul Hilberg⁸) sowie der Herbst 1941 genannt. So nehmen etwa Philippe Burrin⁹ und Christopher Browning übereinstimmend einen Zeitpunkt zwischen Mitte September und Mitte Oktober an, wobei allerdings Browning den unmittelbaren Zusammenhang mit dem Entschluß zur Ermordung der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion stärker betont.¹⁰ Auch Götz Aly¹¹ vertritt die Auffassung, eine »eventuelle offizielle Festlegung« sei am ehesten auf die ersten beiden Oktoberwochen zu datieren.

Jüngst hat Christian Gerlach¹² einen Beitrag vorgelegt, in dem er eine »Grundsatzentscheidung« Hitlers zur Ermordung der europäischen Juden auf die zweite Dezemberwoche, als unmittelbare Reaktion auf die Involvierung der Vereinigten Staaten in den Krieg, datiert hat, eine Position, die auch von dem niederländischen Historiker L. J. Hartog vertreten wird.¹³ Da das gesamte Vernichtungsprogramm erst im Frühjahr und Sommer 1942 schrittweise in Gang gesetzt wurde, ist auch nicht auszuschließen, daß der Entscheidungsprozeß sich über die Jahreswende 1941/42 hinauszog. So hat Christopher Browning kürzlich auf eine »Final Decision« für die »Endlösung« im Juli 1942 hingewiesen, und es bleibt abzuwarten, ob diese Entdeckung zu einer Revision seiner früher geäußerten Ansichten führen wird.¹⁴

Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre besteht weitgehende Übereinstimmung innerhalb der Geschichtswissenschaft, daß die anfangs fruchtbare Konfrontation beider Schulen mittlerweile zu einer unproduktiven Frontstellung erstarrt ist, und die Forderung nach einem Erklärungsansatz »beyond functionalism and intentionalism« gehört bereits zum Repertoire der Fachdiskussion.¹⁵

Die Debatte zwischen Funktionalisten und Intentionalisten erscheint aus der Perspektive der späten 90er Jahre als bereits historische Phase der Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Genozid. Die Schwächen beider Forschungsrichtungen sind mittlerweile offensichtlich: Die »intentionalistische« Schule verengt die Perspektive auf die Person des Diktators, eine Vorgehensweise, die angesichts der in der Forschung immer deutlicher zutage tretenden Involvierung großer Teile der Eliten in den nationalsozialistischen Genozid kaum noch zu rechtfertigen ist. Selbst wenn man sich dem intentionalistischen Argumenten anschliesse, ohne Hitler wäre die »Endlösung« nicht zustande gekommen, so verdeutlicht diese Aussage doch, daß der Faktor »Hitler« zwar eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Bedingung des nationalsozialistischen Völkermords darstellt. Die entscheidende Frage, warum Hitler sein radikales antisemitisches Programm durchsetzen und verwirklichen konnte, bleibt in einer ganz auf die »Intention« konzentrierten Sichtweise unbeantwortet.

Andererseits offeriert die funktionalistische Schule ein Bild, in dem der antisemitische Vernichtungswille der nationalsozialistischen Führungsschicht nicht angemessen berücksichtigt wird. Warum der in der NS-Bürokratie grassierende zerstörerische »kumulative Radikali-

sierungsprozeß« sich in erster Linie gegen die Juden wandte, kann von dieser Forschungsrichtung nur unzureichend erklärt werden. Gerade in den Beiträgen radikaler Funktionalisten, so hat es den Anschein, wird der Prozeß geradezu zum handelnden Subjekt, die Funktion überlagert den der Vernichtungspolitik ursprünglich zugrundeliegenden Antrieb.

Tatsächlich ist es der Holocaust-Forschung in den letzten Jahren gelungen, die Kenntnis um die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das NS-Regime erheblich zu erweitern. So sind in der letzten Zeit eine große Zahl von Dokumentationen¹⁶, Regionalstudien¹⁷ und von Arbeiten zu einzelnen Aspekten der nationalsozialistischen Judenvernichtung publiziert worden; dabei sind vielfältige thematische Zugänge geöffnet worden, wie zum Beispiel die exemplarische Täteranalyse¹⁸ oder die Baugeschichte der Vernichtungsanlagen¹⁹, es wurden Verbindungen zwischen den Planungen wissenschaftlicher Experten zur »Neuordnung« des Ostens und der »Endlösung« gezogen und der Zusammenhang zwischen Holocaust und Moderne reflektiert²⁰ oder die Deportationen von Juden im Kontext nationalsozialistischer »Umvolkungen« interpretiert.²¹ Zahlreiche Forschungen haben sich mit anderen Opfern der rassistischen Politik des Nationalsozialismus beschäftigt, so namentlich mit den Zigeunern²², den »Asozialen«²³ oder mit der »Euthanasie« angeblich »Minderwertiger«²⁴.

Diese Arbeiten machen teilweise bereits in einem erheblichen Umfang Gebrauch von den neuen Möglichkeiten, die sich seit der Öffnung der Archive in den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes ergeben. Diese durch Forschungsarbeiten und Editionen nach und nach erschlossenen Quellen verändern die gesamte Arbeitsgrundlage der Holocaust-Forschung, da sie zum Teil wiederum altbekannte Dokumente in neuem Licht erscheinen lassen.

Auf diese Weise entsteht nach und nach ein sehr viel dichteres Bild der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Im Zuge der Erforschung immer neuer Aspekte und Details wächst die Einsicht in die Komplexität dieses historischen Ereignisses. Je mehr sich die Forschung zur Vernichtung der europäischen Juden verbreitert, desto deutlicher wird, daß dieser Vorgang nicht angemessen als Schreibtischmord behandelt werden kann, sondern daß es sich um ein über mehrere Jahre andauerndes Massaker unvorstellbaren Ausmaßes handelte, in dem in großen Teilen Europas Hunderttausende von Tätern und Helfern Millionen von Opfern quälten und umbrachten.

Gerade angesichts der anhaltenden Flut von Arbeiten zu unterschiedlichsten Aspekten des Mordes an den europäischen Juden und der wachsenden Einsicht in das ungeheure Ausmaß dieses Verbrechens erscheint es als eine besondere Herausforderung an die Historiographie, einen Interpretationsrahmen zu erstellen, in den sich diese neu zugänglich gemachten Informationen und Kenntnisse einfügen lassen. Dies bedeutet aber, den Blick zurückzulenken auf den zentralen Entscheidungsprozeß

zur »Endlösung« und die Frage nach den Ursachen dieser verhängnisvollen Entschlußbildung zu stellen.

Denn bei der Frage nach dem Entscheidungsprozeß geht es ja nicht nur um einen Streit um Datierungen, sondern um die Verknüpfung des Judenmordes mit der allgemeinen Geschichte des »Dritten Reiches«, letztlich um den Versuch einer Erklärung dieses jede Dimension sprengenden Verbrechens. In diesem Sinne versteht sich die vorliegende Arbeit als ein Diskussionsbeitrag auf einem Gebiet, das durch neue Forschungen in Bewegung gekommen ist und in den nächsten Jahren weiter in Bewegung bleiben wird.

Um die Komplexität der Geschichte der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden angemessen erfassen zu können, soll in der folgenden Studie der Entscheidungsprozeß in einen breiteren Rahmen gestellt werden. Für diesen Rahmen möchte ich auf den Begriff Politik zurückgreifen, also die Entscheidungsbildung im Zusammenhang einer Politik der Verfolgung und Ermordung der Juden unter deutscher Herrschaft interpretieren.

Der Begriff der »Vernichtungspolitik«, der sich in der Forschung immer mehr durchsetzt und der an den seit längerem eingeführten Begriff der »Judenpolitik« anknüpfen soll²⁵, ist offen genug, um die Viel-schichtigkeit und Vielgestaltigkeit der nationalsozialistischen Judenverfolgung und ihre Ausstrahlung auf ganz unterschiedliche Bereiche des nationalsozialistischen Deutschland deutlich zu machen.

Die wichtigsten Elemente dieser Politik lassen sich wie folgt beschreiben:

- Die Politik der Vernichtung orientierte sich an abstrakten, hochgradig ideologisierten Zielen, die durch die NS-Bewegung kontinuierlich und nachhaltig verfolgt wurden.
- Sie stand in enger Interdependenz mit anderen Politikfeldern, durchdrang diese, definierte sie zum Teil neu und wurde andererseits wiederum von diesen beeinflusst.
- Sie entwickelte sich über einen längeren Zeitraum, nahm in verschiedenen Phasen unterschiedliche Formen an. Sie war flexibel genug, um aus taktischen Gründen modifiziert, zurückgenommen oder beschleunigt zu werden; in bestimmten kritischen Phasen vollzog sich ihre Entwicklung sprunghaft, so daß sich Konzeption, Entscheidungsbildung und Durchführung nicht immer klar voneinander abgrenzen lassen.
- Sie war grundsätzlich innerhalb der Führung des »Dritten Reiches« weitgehend konsensfähig. Gerade die Tatsache, daß es über ihre Durchführung immer wieder zu internen Auseinandersetzungen kam, daß Teile des Verfolgungsapparates zu radikalerem Vorgehen drängten, bestätigt den im Kern vorhandenen Konsens, der durch diese Auseinandersetzungen nicht in Frage gestellt wurde.
- Die Politik der Vernichtung wurde zumindest von einem Teil der Bevölkerung (der aktiven Anhängerschaft des Nationalsozialismus)

unterstützt. Sie wurde – wenn auch häufig in halb verdeckter Form – öffentlich propagiert, debattiert und legitimiert. Sie hatte eine zentrale Bedeutung für die nationalsozialistische Durchdringung der deutschen Gesellschaft und war für die Sicherung und den Ausbau nationalsozialistischer Herrschaft essentiell.

Wenn man davon ausgeht, daß es sich bei der Ermordung der europäischen Juden um das eigentlich historisch Besondere und Einzigartige an der NS-Diktatur handelt, dann erscheint es auch angemessen, diesen historischen Vorgang als das zentrale Thema der Geschichte des »Dritten Reiches« wahrzunehmen und den Genozid nicht als Funktion, Nebeneffekt oder Konsequenz anderer historischer Phänomene dieser Zeit zu sehen.

Ausgehend von dieser Zentralität von Rassismus und Antisemitismus in der Geschichte des Nationalsozialismus soll versucht werden, den vielfältigen historischen Kontext dieser Politik darzustellen und die Funktion von Judenverfolgung und Vernichtungspolitik innerhalb der verschiedenen Phasen der NS-Herrschaft zu bestimmen.

Um einen solchen integralen Interpretationsansatz einlösen zu können, soll die Vernichtungspolitik auf dreierlei Weise kontextualisiert werden:

- Zum einen soll die gesamte Geschichte der Judenverfolgung von 1933 bis 1945 behandelt werden. Die Verfolgung, die der eigentlichen Vernichtungspolitik voranging, muß als deren unmittelbare Vorgeschichte in die Analyse einbezogen werden. In der Vorkriegszeit entstehen die Institutionen, die in der Kriegszeit die Vernichtungspolitik organisieren, in diesem Zeitraum entfaltete und radikalisierte sich die Judenpolitik, das Regime lernte, diesen neuen Politikbereich auf vielfältige Weise für seine Zwecke einzusetzen.
- Die »Judenpolitik«, das Thema dieser Studie, bildete das Kernstück einer weiter definierten »Rassenpolitik«. Auf das Schicksal anderer Gruppen, die aus rassistischen Gründen verfolgt wurden, soll zumindest insoweit eingegangen werden, als sich unmittelbare Aufschlüsse und Vergleichsansätze mit der Judenpolitik ergeben. Eine umfassende Geschichte der rassistischen Verfolgung durch das NS-Regime ist jedoch in dieser Arbeit nicht beabsichtigt.
- Schließlich soll zumindest ansatzweise versucht werden, die Judenverfolgung durch das NS-Regime, die »Entjudung« des Deutschen Reiches und der von Deutschland beherrschten Gebiete, in die Gesamtpolitik des Regimes zu integrieren. In der Arbeit wird die These vertreten, daß die »Judenpolitik« für die Nationalsozialisten eine Schlüsselfunktion für die Durchdringung der deutschen Gesellschaft, in einer späteren Phase für die Beherrschung des europäischen Kontinents besaß und damit zum Kernbestand nationalsozialistischer Politik gehörte.

Die Arbeit wird sich in diesem Bereich allerdings eher darauf beschränken, ausgehend von einer detaillierten Analyse des Entscheidungsprozesses in der »Judenpolitik« Anregungen zu dieser Thematik zu geben und aufzuzeigen, welche Bezüge sich zu anderen Politikfeldern des »Dritten Reiches« herstellen lassen.

Eine besondere Problematik dieser Arbeit besteht darin, daß die Quellenlage zum Mord an den europäischen Juden zum einen fast unüberschaubar ist, zum anderen aber, insbesondere was den zentralen Entscheidungsprozeß angeht, als disparat bezeichnet werden muß.

Denn die wichtigsten Entscheidungen, die zum Mord an den europäischen Juden geführt haben, wurden in der Regel nicht schriftlich niedergelegt; soweit Dokumente solche Entscheidungen reflektieren, haben die Täter sie mit großem Erfolg systematisch zu vernichten gesucht; die trotz alledem überlieferten Dokumente sind buchstäblich über zahlreiche Archive in vielen Ländern zerstreut. Hinzu kommt, daß die Dokumente, die den Mord selbst betreffen, in einer verschleiern Sprache verfaßt sind. Letztlich handelt es sich beim Zusammenfügen dieser Bruchstücke um einen Vorgang, der der Interpretation breiten Raum läßt und immer wieder auf die Frage zurückverweist, welche Rolle der Ermordung der europäischen Juden innerhalb einer Gesamtgeschichte des »Dritten Reiches« zuzuweisen ist.

Angesichts dieser schwierigen Quellenlage ist für die Analyse des Entscheidungsprozesses eine genaue Rekonstruktion der einzelnen Tatkomplexe, die den Genozid an den europäischen Juden ausmachten, unerlässlich – also der Exekutionen, Deportationen, der Morde in den Lagern usw. Die disparate Quellenlage läßt uns keine andere Wahl, als von einer Rekonstruktion einzelner Taten auf die dahinter stehenden Entscheidungen zurückzuschließen. Die vorliegende Arbeit schließt daher eine detaillierte Darstellung der einzelnen Phasen der Judenpolitik ein. Da diese Darstellung der Analyse des Entscheidungsprozesses dient, ist sie entsprechend ungleichgewichtig und einseitig: Immer dann, wenn die Judenpolitik in eine neue Phase eintritt, wird die Darstellung entsprechend breiter, während eine einmal implementierte Politik verhältnismäßig cursorisch behandelt werden wird. Ziel der Arbeit ist nicht eine Darstellung der Ermordung der europäischen Juden an sich, sondern eine Analyse des Entscheidungsprozesses, der auf die Ereignisse selbst in der Form einer Darstellung zurückgreift. Die Darstellung der schrittweisen Radikalisierung der Judenverfolgung in den besetzten Gebieten der Sowjetunion wird daher, um es an einem Beispiel zu verdeutlichen, wesentlich mehr Raum beanspruchen als die Schilderung der schlagartig durchgeführten Deportation der ungarischen Juden im Jahre 1944. Einseitig ist diese Arbeit insofern, als sie sich mit der Täterseite beschäftigt und die Reaktion der Opferseite oder Dritter nur insoweit berücksichtigt, als ihr Verhalten Rückschlüsse auf die Täter erlaubt.

Neben den Aktenbeständen der deutschen Dienststellen, die in den

bekanntem deutschen und ausländischen Archiven lagern, werden im Rahmen dieser Arbeit vor allem Bestände aus erst seit wenigen Jahren zugänglichen Archiven ehemaliger Warschauer-Pakt-Staaten benutzt.

Es handelt sich dabei in erster Linie um das Moskauer »Sonderarchiv«, wo insbesondere zwei Bestände intensiv herangezogen wurden: Die Akten des Centralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der für die Zeit von 1933 bis 1938 ein sehr viel dichteres Bild der nationalsozialistischen Judenverfolgung eröffnet. Zweitens handelt es sich um die Akten des SD, die insbesondere den Zeitraum 1935 bis 1940 abdecken. Hinzu kommen Akten aus verschiedenen anderen ehemals sowjetischen, polnischen und tschechischen Archiven, die teilweise in Kopien in Yad Vashem und im US-Holocaust Museum Washington eingesehen wurden.

Für die Frage nach der Radikalisierung der Judenverfolgung in den besetzten sowjetischen Gebieten in der zweiten Jahreshälfte 1941 wurden insbesondere die in Ludwigsburg lagernden Ermittlungsakten der deutschen Justizbehörden zu zahlreichen Verbänden intensiv herangezogen.

Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit der nationalsozialistischen »Judenpolitik« in den Jahren nach 1933. Es mag auf den ersten Blick überraschen, daß für die Vorgeschichte der Judenpolitik des »Dritten Reiches«, also die Formierung des nationalsozialistischen Antisemitismus in der Weimarer Zeit, keine umfassende Untersuchung vorliegt; das gleiche gilt für die allgemeine Geschichte des Phänomens Antisemitismus in den Jahren 1918 bis 1933.

Die folgenden Bemerkungen zum nationalsozialistischen Antisemitismus vor 1933 können diese fehlenden Forschungen nicht ersetzen; es soll lediglich versucht werden, die für die spätere Entwicklung entscheidende Funktion des radikalen Antisemitismus innerhalb der an der Schwelle zum »Dritten Reich« stehenden NS-Bewegung näher zu bestimmen.

Die Tatsache, daß ein großer Teil der Regionalstudien zur Geschichte der NSDAP in der Weimarer Republik nicht näher auf die Frage nach der Rolle des Antisemitismus für den Aufstieg der Partei eingeht, ja diese Fragestellung regelrecht ausblendet, bedeutet nicht, daß dieses Phänomen in der Parteigeschichte keine Rolle gespielt hätte, sondern deutet eher auf die Vernachlässigung und Unterschätzung des nationalsozialistischen Antisemitismus durch die historische Forschung hin.²⁶

Dies muß überraschen, denn die Wurzeln der NSDAP in der radikal-völkischen Bewegung der Nachkriegszeit sind offensichtlich. Hitler selbst war es bis 1928, als er sein »Zweites Buch« verfaßte, gelungen, aus dem Konglomerat rechtsradikaler Ideen, die sein Denken seit seinen »Wiener Jahren« beherrschten, ein geschlossenes Weltbild zu entwickeln, in dem das Feindbild Antisemitismus eine zentrale Rolle einnahm: Er bildete die Klammer, mit der die von ihm aus verschiedenen ideologischen Versatzstücken zusammengestellte »Weltanschauung« überhaupt erst zusammengehalten wurde.²⁷

Das NSDAP-Programm von 1920 sah denn auch in verschiedenen antisemitischen Punkten die Beseitigung der im Deutschen Reich seit 1871 bestehenden staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden vor.²⁸ Auf diese Punkte kam die NSDAP in den folgenden Jahren beständig zurück.²⁹ Die NSDAP-Reichstagsfraktion ging sogar über das Programm hinaus, als sie im März 1930 einen Gesetzentwurf einbrachte, demzufolge derjenige wegen »Rassenverrat« mit Zuchthaus bestraft werden sollte, der »durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft oder farbiger Rassen zur rassischen Verschlechterung und Zersetzung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht«, dabei sollte in besonders schweren Fällen auf Todesstrafe erkannt werden.³⁰

Antisemitismus spielte in der NS-Propaganda bis zum Jahre 1930 eine hervorragende Rolle und war ein wichtiges Element in den alltäglichen Aktivitäten der Parteibasis. Mit dem Aufstieg der NSDAP zur Massenbewegung nach den September-Wahlen von 1930 wurde das antisemitische Motiv in der Parteipropaganda zurückgenommen, blieb aber für den radikal-antisemitischen Anhang noch deutlich zu erkennen.³¹

Dies läßt sich u. a. am Beispiel der Rhetorik des Parteiführers, einer der Hauptattraktionen der Parteipropaganda, verdeutlichen. Während Hitlers frühe Reden und Veröffentlichungen nach der Wiedergründung der Partei lange antisemitische Passagen und Hetztiraden enthalten³², wird dieses Element seit 1930 spürbar schwächer.³³ Seit 1930 steht in Hitlers Standardrede der Antagonismus von Bürgertum/Nationalismus auf der einen und Proletariat/Sozialismus auf der anderen Seite im Vordergrund, den die NSDAP durch eine Rückbesinnung auf das »Volk« aufheben wolle. »Rasse« und »Lebensraum« sind weitere Schlüsselbegriffe dieser Standardrede, in denen Hitler die Quintessenz seiner Ideologie präsentierte, während er politische Tagesfragen eher als Einstieg in seine weltanschauliche Tour d'horizon verwendete.

Antisemitische Passagen sind in diesen Reden nach wie vor enthalten, treten jedoch eher an den Rand.³⁴ Man kann jedoch davon ausgehen, daß die zentralen Begriffe dieser Rhetorik, wie »Rasse«, »deutsches Volk«, »Volkswert« etc. für den radikalen antisemitischen Anhang Hitlers zu diesem Zeitpunkt bereits eine eindeutig antijüdische Bedeutung besaßen, ja ohne die antisemitische Konnotation ihren Sinn verloren.³⁵

Trotz der parteioffiziellen Zurückhaltung in der »Judenfrage« ließen sich mühelos endlose Listen mit antisemitischen Exzessen nationalsozialistischer Parteiredner zusammenstellen. Aus einer Auflistung einschlägiger Äußerungen, die der CV erstellte und publizierte, geht hervor, daß nationalsozialistische Redner 1931/32 unter anderem forderten, Juden als Geiseln zu nehmen, um angeblich ins Ausland verbrachtes Geld zurückzubringen oder um einen französischen Angriff abzuwehren, die Entfernung von Juden aus öffentlichen Ämtern und aus dem Journalismus oder eine allgemeine Vertreibung verlangten, die Aberkennung der Staatsbürgerschaft forderten, zu Synagogenanzündungen aufriefen und

im Falle eines Attentats auf einen NS-Führer einen Pogrom ankündigten³⁶. Nationalsozialistische Redner ergingen sich in den unterschiedlichsten Tiervergleichen und Vernichtungsphantasien, wenn sie etwa forderten, Juden seien wie ein Bandwurm auszurotten, man solle sie »wie einen Floh ... unschädlich« machen.³⁷

Auch die antisemitischen Aktivitäten und Übergriffe der Anhängerschaft waren in den Jahren 1930–1932, als die Parteiführung sich offiziell Zurückhaltung in der »Judenfrage« auferlegte und sich von solchen Aktivitäten distanzierte, unübersehbar. Seit 1930 häuften sich z. B. erneut Friedhofs- und Synagogenschändungen, wobei ein erheblicher Teil der aufklärten Fälle durch Anhänger der NSDAP verübt wurden.³⁸ NSDAP-Anhänger griffen immer wieder Juden oder »jüdisch aussehende« Personen auf der Straße an.³⁹ Einen ersten Höhepunkt erreichten solche Übergriffe in den von der Berliner SA organisierten Ausschreitungen auf dem Kurfürstendamm am 12. September 1930, dem jüdischen Neujahrsfest, als mehr als eintausend nicht uniformierte SA-Angehörige wahllos jüdische Passanten angriffen⁴⁰. Unmittelbar nach der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 überzogen NS-Anhänger Ostpreußen und verschiedene andere Regionen des Reiches mit einer Welle von Gewalttätigkeiten, in deren Verlauf u. a. mehrere Handgranatenanschläge und Attentatsversuche auf jüdische Bürger unternommen und die Fensterscheiben zahlreicher jüdischer Geschäfte eingeworfen wurden.⁴¹

Seit dem Ende der zwanziger Jahre bemühte sich die NSDAP zudem um einen systematischen Boykott jüdischer Geschäfte, eine Kampagne, die mit dem Anwachsen der Partei den Charakter eines Kleinkriegs annahm, ohne den der gezielte Angriff der NS-Parteimitglieder gegen jüdische Geschäfte und Einrichtungen im Frühjahr 1933 nicht erklärbar ist.

Dieser Kleinkrieg gegen Geschäfte, die Juden, aber auch prominenten NS-Gegner gehörten, war wesentlicher Bestandteil der lokalen Machteroberungsstrategie der Nationalsozialisten, die darin bestand, Block für Block, Straße für Straße, schließlich ganze Stadtviertel unter ihre Kontrolle zu bringen. Mit Hilfe des mit Drohgebärden und Gewaltmaßnahmen bewehrten »Boykotts« gegen bestimmte Geschäfte gelang es der NSDAP, die politischen Auseinandersetzungen in nachbarschaftliche Infrastrukturen hineinzutragen und das tägliche Einkaufsverhalten zu einer politisch-weltanschaulichen Grundsatzentscheidung zu machen: Sanken die Umsatzzahlen der »boykottierten« Geschäfte, so ließ sich dies als Erfolg der nationalsozialistischen »Überzeugungsarbeit« darstellen.⁴²

Diese »Boykottmaßnahmen« nahmen vor allem im Laufe des Jahres 1932 einen erheblichen Umfang an. Die Kampagne erreichte während des Weihnachtsgeschäfts, unter dem Schlagwort »Kauft nur bei Deutschen« geführt⁴³, ein derartiges Ausmaß, daß sich der Hessische Innenminister veranlaßt sah, Anfang Dezember 1932 auf eine parlamentarische Anfrage zu erklären, daß »die zur Zeit in großem Umfange betriebene Agitation gegen jüdische Geschäftsleute ... bereits zu ernststen Störungen der

öffentlichen Ordnung geführt« habe. Die Regierung Schleicher schloß sich dieser Haltung an und empfahl den Landesregierungen im Dezember 1932, in Fällen, in denen »etwa vor einem Geschäft Posten aufgestellt werden, die die eintretenden Käufer durch Drohungen, beleidigende Äußerungen oder auf andere Weise gröblich belästigen«, die Polizei zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung einzusetzen.⁴⁴

Der offenkundige Widerspruch, der in der NSDAP nach 1930 zwischen der sich in der »Judenfrage« gemäßigt gebenden Parteileitung und dem überschäumenden, durch die Parteiführung offenkundig in keiner Weise eingeschränkten antisemitischen Aktionismus der Parteibasis bestand, wird in der Literatur im allgemeinen damit erklärt, die Bedeutung des Antisemitismus habe für die Partei weniger in der Mobilisierung neuer Wähler als in der Integration der Anhängerschaft gelegen.⁴⁵

Tatsächlich erschöpfte sich jedoch die Rolle des Antisemitismus für die NSDAP der »Kampfzeit« nicht im Rahmen einer Integrations- oder Ablenkungsstrategie. Die Vorstellung radikaler Antisemiten, die deutsche Gesellschaft sei durch und durch »verjudet«, enthielt nicht nur einen scheinbar alle Mißstände erhellenden Erklärungsansatz, sondern beinhaltete auch die Perspektive, durch eine vollkommene »Entjudung«, die mit der Aufhebung der Emanzipation beginnen müßte, der deutschen Gesellschaft den Stempel der NS-Bewegung aufdrücken zu können. Denn diese »Entjudung« würde als ein »Reinigungsprozeß« vor sich gehen, der es der NSDAP erlauben würde, ihren Einfluß in nahezu jeden gesellschaftlichen Bereich hinein auszudehnen und damit letztlich die deutsche Gesellschaft dem totalen Machtanspruch der NSDAP zu unterwerfen. Der Antisemitismus wurde damit zum Schlüssel für die Eroberung, Sicherung und den Ausbau nationalsozialistischer Herrschaft.

Die nachhaltigen antisemitischen Attacken der NS-Parteimitglieder vor 1933 waren, so gesehen, nicht blinder Aktionismus, sondern Vorgriffe auf die angestrebte Ausschaltung der jüdischen Minderheit aus der deutschen Gesellschaft und die damit einhergehende schrittweise Macht- ausweitung des Nationalsozialismus. Mit diesem Thema werden sich die folgenden Kapitel beschäftigen.

Kapitel I

Die erste Phase der NS-Judenverfolgung: Die Verdrängung der deutschen Juden aus dem öffentlichen Leben (1933 bis Ende 1934)

Peter Longerich

Politik der Vernichtung

Eine Gesamtdarstellung
der nationalsozialistischen
Judenverfolgung



Piper
München · Zürich

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
Kapitel I: Die erste Phase der NS-Judenverfolgung: Die Verdrängung der deutschen Juden aus dem öffentlichen Leben (1933 bis Ende 1934)	23
A. Die erste antisemitische Welle und die nationalsozialistische »Machtergreifung«	25
1. Die antijüdischen Ausschreitungen vom März 1933	26
2. Der »Boycott« vom 1. April: Beginn der »Judenpolitik« des Regimes	30
a) Der Entschluß zum »Boycott« im Kontext nationalsozialistischer Machteroberungsstrategie	30
b) Organisation und Verlauf des Boykotts	34
c) Tendenzen zur Fortsetzung des Boykotts	39
3. Berufsbeamtengesetz und gesetzliche Ausschaltung anderer Berufsgruppen	41
B. Weiterführung der Ausschaltungspolitik nach dem Abschluß der »Machtergreifung« (Sommer 1933 bis Ende 1934)	46
1. Das Ende der »nationalsozialistischen Revolution« und das Auslaufen der ersten antisemitischen Welle	46
2. Pläne zur gesetzlichen Ausschaltung der Juden im Sommer/Herbst 1933 und ihre Zurückstellung	47
3. Fortsetzung der Verdrängung durch Bürokratie und Partei in der zweiten Jahreshälfte 1933	50
4. 1934: »Relative Ruhe« in der Judenverfolgung	53
5. Jüdische Reaktionen auf die erste Phase der Verfolgung	56
C. Rassistische Verfolgung anderer Gruppen in den ersten Jahren des Regimes	59
Kapitel II: Die zweite Phase der NS-Judenverfolgung: Segregation und umfassende Diskriminierung (Ende 1934 bis Ende 1937)	65
A. Anfänge der »Judenpolitik« von Gestapo und SD: Priorität der Vertreibung	67

B. Die zweite antisemitische Welle: Die antijüdischen Unruhen vom Frühjahr und Sommer 1935	70
1. Die »Stimmungskrise« in den ersten Monaten des Jahres 1935 und die Ursachen für das erneute Einsetzen der antisemitischen Ausschreitungen	70
2. Die Terrorwelle in den ersten Monaten des Jahres 1935	78
3. Bemühungen zum Stopp der Aktionen im Mai und Juni 1935	81
4. Wiedereinsetzen der antisemitischen Welle im Sommer 1935: Die Kurfürstendamm-Krawalle	85
5. Eindämmung der antisemitischen Welle und Übergang zu einem legalen Kurs im Spätsommer	94
C. Die Nürnberger Gesetze und ihre unmittelbaren Auswirkungen auf die Haltung der deutschen Bevölkerung zur »Judenfrage«	102
D. Nach den Nürnberger Gesetzen: Definition des Judenbegriffs – Verzicht auf Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet	112
E. Ende 1935 bis Ende 1936: Relative Ruhe in der »Judenpolitik« ..	116
F. Wiederaufnahme einer stärkeren Verfolgung nach dem Ende der Olympischen Spiele	118
1. Beratung und Zurückstellung weiterer antijüdischer Wirtschaftsgesetze 1936/37	119
2. Die forcierte Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft	121
a) Anhaltender Boykott und Verdrängung	122
b) Devisenfahndung unter dem Vierjahresplan	124
c) Diskriminierende Steuern und Zwangsabgaben	125
d) »Arisierung« Ende 1935 bis Ende 1937	126
e) Zurückstellung von antijüdischen Wirtschaftsgesetzen 1937	129
3. Die »Entjudung« der deutschen Gesellschaft und die Entstehung eines »jüdischen Sektors«	130
4. Verstärkte Vertreibung	134
5. »Judenpolitik« des SD 1937	135
a) Die Judenabteilung 1936: Machtlosigkeit und innere Radikalisierung	136
b) Neuorientierung der Abteilung unter neuer Leitung ab Frühjahr 1937	138
c) Führungsanspruch der Judenabteilung gegenüber der Gestapo	141
d) Krise in der zweiten Jahreshälfte 37: Umorientierung der Politik auf eine Auswanderung außerhalb Palästinas? ..	142
G. Die Intensivierung der rassistischen Verfolgung nichtjüdischer Gruppen durch den Polizeiapparat 1936/37	147

Kapitel III:

Die dritte Phase der Judenverfolgung: Umfassende Entrechtung und forcierte Vertreibung (Herbst 1937 bis zum Kriegsbeginn) ...	153
A. Radikalisierung der Judenverfolgung zwischen Herbst 1937 und Sommer 1938	155
1. Verstärkung des radikalen Antisemitismus seit Ende 1937 ..	155
2. Neue Gesetzgebungsflut Anfang 1938	159
3. Ausweisung sowjetischer Juden als Beginn der Vertreibung der ausländischen Juden	161
4. Die Radikalisierung der Verfolgung durch den »Anschluß« Österreichs	162
5. Resümee: Stand der ungesetzlichen Arisierung Anfang 1938 ..	165
6. Negative Auswirkungen der verstärkten »Arisierung« sowie der außenpolitischen Lage auf die Auswanderung im Frühjahr 1938	170
7. Die antisemitischen Ausschreitungen vom Sommer 1938: Probelauf für den Novemberpogrom	172
8. Auflösung der Staatszionistischen Organisation und Bestrebungen zur Aufhebung des Centralvereins	185
9. Weitere gesetzliche Maßnahmen 1938	186
10. Verstärkte Vertreibung der Juden und das Modell der Zentralstelle Wien	187
B. Der Höhepunkt der dritten antisemitischen Welle: Der Novemberpogrom	190
1. Unmittelbare Vorgeschichte: Pogromstimmung im Herbst 1938 ..	190
2. Die Ausweisung der in Deutschland lebenden polnischen Juden: Übergang zur massenhaften Vertreibung	195
3. Der Pogrom vom 9. und 10. November	198
C. Die »Judenpolitik« zwischen Pogrom und Kriegsbeginn	208
1. Die Beratungen zwischen Partei- und Staatsspitze über weitere antijüdische Maßnahmen	208
2. Gesetzgebung nach dem Pogrom	212
3. Zwangsarbeit vor Kriegsbeginn	218
D. Die Politik der organisierten Vertreibung	220
1. Die Vernichtungsankündigungen der Jahreswende 1938/39 ..	220
2. Die Verhandlungen über eine internationale Auswanderungslösung	222
3. Zentralstelle für jüdische Auswanderung	223
E. Stand der »Judenpolitik« vor Beginn des Zweiten Weltkriegs ...	224

Kapitel IV:	
Judenverfolgung 1939–1941	227
A. Krieg und Vernichtungspolitik	229
B. Judenverfolgung im Reichsgebiet 1939/40	231
1. Verschärfte Repression	231
2. Auswanderung nach Kriegsbeginn	232
C. »Euthanasie«-Aktion	234
D. Polen 1939–1940/41	243
1. Massenerschießungen in Polen (Herbst 1939 bis Frühjahr 1940)	243
2. Etablierung und Grundzüge der deutschen Besatzungs- herrschaft	249
3. Polen als Objekt der deutschen »Judenpolitik«	251
a) Erste Pläne für ein »Judenreservat« in Polen	251
b) Deportationen, Phase I: Der Nisko-Lublin-Plan (Oktober 1939)	256
c) Deportationen, Phase II: Herbst 1939 bis Frühjahr 1940 ..	261
d) »Judenpolitik« im Generalgouvernement	270
E. Die deutsche »Judenpolitik« von Frühjahr 1940 bis Mitte 1941: Umfassende Umsiedlungspläne	273
1. Madagaskar-Plan	273
2. Die »Judenpolitik« zwischen Madagaskar-Plan und »Barbarossa«	278
a) Das deutsche Regime über die polnischen Juden	278
b) Deportationen, Phase III: Konsequenzen des Madagaskar- Planes	282
c) Deportationen, Phase IV: Entwicklung eines Post-Mada- gaskar-Planes	285
Kapitel V:	
Der Massenmord an der jüdischen Zivilbevölkerung in der Sowjetunion 1941	
A. Die Vorbereitung des weltanschaulichen Vernichtungs- krieges	293
1. Vernichtungsstrategie und Wehrmachtführung	296
2. Gestaffelter Einsatz: Grundstruktur der im Osten eingesetz- ten SS- und Polizeiverbände	296
3. Aufstellung der Einsatzgruppen	302
4. Aufstellung und Struktur der Ordnungspolizeibataillone: Weder »durchschnittliche Deutsche« noch »ganz gewöhn- liche Männer«	304
	305

5. Aufstellung des Kommandostabes Reichsführer SS und der Waffen-SS-Brigaden	310
6. Zur Instruierung der Einsatzkommandos vor Kriegsbeginn: Früher und umfassender Mordbefehl oder offene Befehls- gebung?	310
B. Phase I: Massenmord an jüdischen Männern	321
1. Zur Vorgehensweise der Kommandos in den ersten Wochen des Ostkrieges	321
Einige Bemerkungen zur Quellenlage	324
2. Kommandos der Einsatzgruppen A und B im Baltikum	324
a) Pogrome	324
b) Die Massaker des »Einsatzkommandos Tilsit« im litauischen Grenzgebiet	326
c) Die Exekutionen der Kommandos	331
3. Weitere Operationen der Einsatzgruppe B	334
4. Erste Operationen der Einsatzgruppe C	337
5. Erste Operationen der Einsatzgruppe D	343
6. Die ersten Massenexekutionen durch Polizeibataillone	345
C. Phase II: Die Ausdehnung der Massenmorde und der Übergang zur rassistischen Vernichtung	352
1. Veränderungen der Rahmenbedingungen im Einsatzgebiet ..	352
2. Himmlers »Auftrag« und der Einsatz der SS-Brigaden	362
3. Durchsetzung der Vernichtungspolitik	369
a) Die Ausdehnung der Morde im Bereich der Einsatz- gruppe B	369
b) Der HSSPF Rußland Süd und die Einsatzgruppe C	376
c) Einsatzgruppe D	386
d) Die Verschärfung der Morde im Reichskommissariat Ost- land (Gebiet der Einsatzgruppe A)	390
(1) Ausdehnung der Erschießungen auf Frauen und Kinder	390
(2) Kontroverse im Reichskommissariat Ostland über die künftigen »Richtlinien über die Behandlung der Juden« im August	394
(3) Die Fortsetzung der Massenexekutionen seit Spätsommer 1941	398
e) »Schutzmannschaften«	401
f) Die Einordnung von Geisteskranken, Zigeunern und »Asiaten«	403
g) Beteiligung der Wehrmacht an den Morden	405
D. Zum Schicksal der jüdischen Kriegsgefangenen	411
E. Bilanz	414

Kapitel VI:

Genesis der Endlösung 1941	419
A. Pläne für ein europaweites Deportationsprogramm nach dem Beginn von »Barbarossa«	421
1. Entscheidung zur Endlösung im Sommer 1941? Zur Interpretation einiger »Schlüsseldokumente«	421
2. Überlegungen über das Schicksal der polnischen Juden im Sommer 1941	425
3. Vorbereitung und Entschluß zur Deportation der deutschen Juden	427
4. Vorbereitungen von Deportationen aus Frankreich sowie aus anderen Gebieten unter deutscher Kontrolle	434
B. Herbst 1941: Beginn der Deportationen und regionaler Massenmord	441
1. Transfer der »Euthanasie«-Technologie in den Osten	441
2. Administrative Vorbereitungen auf die Deportationen und öffentliche Vernichtungsankündigungen	446
3. Die erste und zweite Deportationswelle aus dem »Großdeutschen Reich«	448
4. Regionale »Endlösung« im Warthegau Ende 1941	450
5. Distrikt Lublin: Vorbereitung des Massenmordes	452
6. Zwischenbilanz: Übergang zu regionalen Mordaktionen	456
7. »Endlösung« in Serbien, Herbst 1941	458
C. Reaktion auf die Aufnahme der deportierten Juden aus dem Reich im »Ostland« Ende 1941: Die Massenmorde von Kowno, Riga und Minsk	461
D. Wannsee-Konferenz	466

Kapitel VII:

Ingangsetzen der Vernichtungspolitik im europäischen Maßstab im Jahre 1942	473
A. »Vernichtung durch Arbeit«	476
B. Deportationen aus Zentral- und Westeuropa	483
1. Die dritte und vierte Deportationswelle aus dem Großdeutschen Reich	483
2. Slowakei	491
3. Frankreich und die ersten Konturen eines Deportationsprogramms für Westeuropa	493
4. Niederlande	499
5. Belgien	501
C. Die »Endlösung« in Osteuropa 1942	504
1. Der Massenmord im Generalgouvernement	504
2. Zur Fortsetzung der Morde in der besetzten Sowjetunion	511

D. Zwischenbilanz: Eskalation der Vernichtungspolitik im Frühjahr/Sommer 1942	513
E. Bemühungen zur Einbeziehung der Verbündeten in das Deportationsprogramm (zweite Jahreshälfte 1942)	517
1. Anstrengungen zur Auslieferung der in Drittstaaten lebenden Juden	517
2. Die deutschen Vorstöße zur Vorbereitung einer ersten Deportationswelle im Sommer 1942	519
a) Finnland	520
b) Kroatien	521
c) Rumänien	521
d) Ungarn	523
e) Bulgarien	525
f) Kroatien (italienische Zone)	525
g) Griechenland	526
h) Zusammenfassung: Die deutschen Aktivitäten vom Sommer 1942	527
3. Verstärkte Anstrengungen zur Vorbereitung weiterer Deportationen im Herbst 1942	527
a) Rumänien	528
b) Bulgarien	529
c) Ungarn	529
d) Kroatien	530
e) Der Sonderfall Dänemark/Norwegen	531

Kapitel VIII:

Die Vernichtungspolitik nach der Kriegswende 1942/43: Fortsetzung der Morde und geographische Ausdehnung der Deportationen	533
A. Die Funktion der »Judenpolitik« für den Zusammenhalt des deutschen Machtblocks	535
B. Fortsetzung der Deportationen und Massenmorde in den bereits von der »Endlösung« erfaßten Gebieten	537
1. Fortsetzung und Abschluß der Deportationen im Deutschen Reich	537
2. Die weitere Entwicklung in Polen und die Auswirkungen des Warschauer Gettoaufstandes auf die gesamte Politik der Vernichtung	538
a) Niederlande	540
b) Belgien	541
c) Kroatien	543
3. Verstärkte Bemühungen um die Deportation von Juden aus Drittstaaten im deutschen Machtbereich im Jahre 1943	543

C. Geographische Ausdehnung der Deportationen, Phase I: Von der alliierten Landung in Nordafrika bis zum Sommer 1943 . . .	545
1. Griechenland	546
2. Bulgarien	547
3. Frankreich	548
4. Zurückhaltung gegenüber dem deutschen Hauptverbündeten Italien	553
D. Geographische Ausdehnung der Deportationen, Phase II: Vom Zusammenbruch Italiens bis Ende 1944	555
1. Die »Entjudung« Dänemarks als Wendepunkt der deutschen Vernichtungspolitik	555
2. Deportationen aus Italien	560
3. Ehemalige italienische Besatzungszonen in Griechenland und Kroatien	561
4. Weitere Radikalisierung der Verfolgung in Frankreich	562
5. Slowakei	563
6. Das letzte Kapitel: Ungarn	565
E. Die »Zigeunerpolitik« des NS-Regimes in der zweiten Kriegshälfte: Parallelen und Unterschiede zur »Endlösung«	571
Ergebnisse:	
Die vier Eskalationsstufen der Politik der Vernichtung	575
Anhang	
Anmerkungen	587
Quellen- und Literaturverzeichnis	589
Abkürzungsverzeichnis	732
Danksagung	756
Personenregister	759
Ortsregister	760
	766

Einleitung

Thema der vorliegenden Studie ist der Entscheidungsprozeß, der zur Ermordung der Juden Europas durch das NS-Regime geführt hat. Zu diesem Thema liegt eine umfangreiche, in Teilen kontroverse, in letzter Zeit wieder besonders stark anwachsende Literatur vor.

Die bisherige Forschung ist bisher vor allem durch zwei Forschungsrichtungen geprägt worden, die sogenannte »intentionalistische« sowie die »funktionalistische« Schule. Die Debatte beider Schulen wird in der wissenschaftlichen Literatur ausführlich referiert und kommentiert und soll in der Einleitung dieser Arbeit nicht erneut in allen Verästelungen verfolgt werden.

Bekanntermaßen vertreten Historiker der intentionalistischen Richtung, die in der älteren Forschung dominierend war, den Standpunkt, Hitler habe zu einem relativ frühen Zeitpunkt, im Einklang mit seinem schon in den zwanziger Jahren entwickelten Rassen- und Lebensraumprogramm, eine Entscheidung zur Ermordung aller europäischen Juden gefällt. Helmut Krausnick, führender Vertreter dieser Richtung, geht davon aus, daß eine solche Entscheidung Hitlers im Frühjahr 1941 ergangen sei.¹ Eine ähnliche Auffassung vertritt beispielsweise Hermann Graml.² In jüngerer Zeit ist die Vorstellung einer frühen Entschlußbildung wieder von Richard Breitman aufgegriffen worden, der – im Widerspruch zu der Haupttendenz der Forschung – eine solche Entscheidung Hitlers und Himmlers sogar für Anfang 1941 annimmt.³

Vertreter der funktionalistischen Richtung führen den Genozid an den europäischen Juden nicht auf ein langfristiges Programm Hitlers zurück, sondern stellen situative Momente und die Eigendynamik des nationalsozialistischen Verfolgungsapparates in den Vordergrund. Vertreter dieser Forschungsrichtung gehen entweder von einer grundlegenden Entscheidung zu einem relativ späten Zeitpunkt aus (jedenfalls nach dem Beginn des Massenmordes an den sowjetischen Juden)⁴, nehmen eine stufenförmige Entscheidungsfolge⁵ an oder gehen – im Sinne einer »kumulativen Radikalisierung« der antijüdischen Politik – davon aus, es habe überhaupt keine grundlegende »Führerentscheidung« gegeben.⁶

Durch die Kontroverse zwischen Intentionalisten und Funktionalisten hat sich die Diskussion um die Genesis der Endlösung ganz auf die Frage nach dem Ob und Wann einer »Führerentscheidung« konzentriert. Als möglichen Zeitpunkt für eine solche Entscheidung werden neben den bereits genannten Terminen vor allem der Sommer 1941 (so etwa von